

Es gilt das gesprochene Wort.
Sperrfrist: Redebeginn

Sigmar Gabriel, MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Rede Eröffnung

SPD Perspektivkongress

am Sonntag, 11. Oktober 2015

in Mainz (Coface Arena)

Liebe Malu Dreyer,

liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Gäste,

ich muss zugeben, als wir vor der Sommerpause die Idee hatten, zu diesem Treffen einzuladen, haben wir wirklich nicht mit so vielen Menschen hier gerechnet. Über 1000 Anmeldungen zeigen, wie groß der Wunsch ist, an der Zukunft unseres Landes mitzuarbeiten.

Herzlich Willkommen an alle hier in Mainz beim Perspektivkongress der SPD!

Noch vor kurzem wurde allenthalben vom „Ende der Politik“ philosophiert. Heute kann man wohl sagen, dass wir in politischen Zeiten leben. Wir erleben gerade die Rückkehr der Politik – national, europäisch und international. Manchmal wünschten wir uns vielleicht sogar, sie wären nicht ganz so politisch.

Wir leben in Zeiten, in denen es einerseits um Pragmatismus geht, um praktisches Handeln zur Lösung der Herausforderungen des Alltags: Unterkünfte für Flüchtlinge organisieren, Sprachkurse, Weiterbildung, Wohnungsbau.

Aber andererseits sind es Zeiten großer Gesellschaftspolitik. Denn hinter allem steht die Frage: Wie halten wir unsere Gesellschaft zusammen? Und wie halten wir Europa zusammen?

Und wenn es Experten für gesellschaftlichen Zusammenhalt gibt, dann sind es wir Sozialdemokraten. Denn das ist unsere Kernkompetenz seit mehr als 152 Jahren!

Politik handelt von öffentlichen Interessen. Vom Gemeinwohl. Auch von Interessen, die es in einer demokratischen Gesellschaft zum Ausgleich zu bringen gilt. Vor allem aber geht es in der Politik um das Zusammenleben von Menschen. In einer Gemeinde, in einem Land, in einem Staat, in Europa und weltweit.

Das sozialdemokratische politische Handeln in der Demokratie soll dieses Zusammenleben der Menschen freier, demokratischer, gerechter und solidarischer machen.

Und selten ging es in Deutschland, in Europa und weltweit so sehr um Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Solidarität wie heute. Und um Frieden. Gestern haben 100 Menschen – vielleicht sogar mehr – ihr Engagement für den Frieden in der Türkei mit dem Leben bezahlt. Tausende Menschen waren gekommen, um friedlich für eine demokratischere und friedliebendere Türkei zu demonstrieren. Ein brutales Attentat von Terroristen war die Antwort darauf. Lasst uns von hier auch ein Signal an die Menschen in der Türkei senden. Dass wir mit ihnen fühlen und unsere Solidarität bekunden.

Jeden Tag sehen wir, wie viele Menschen aus ihren Heimatländern flüchten, weil sie dort keinen Frieden haben, nicht frei und demokratisch leben und weil von Gerechtigkeit und Solidarität keine Spur zu finden ist.

An vielen Tagen der letzten Wochen waren es 10.000 Menschen, die zu uns geflohen sind. Mehr als eine Million Flüchtlinge nimmt Deutschland dieses Jahr auf.

Seit der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges hat es in Europa nicht mehr solche Fluchtbewegungen gegeben.

Wolfgang Thierse hat mir dieser Tage geschrieben, dass wir im 25. Jahr der deutschen Einheit nicht nur überrascht, sondern auch ein wenig stolz sein können: Darauf, dass ausgerechnet Deutschland, das noch in der Generation unserer Eltern und Großeltern eine beispiellose Kette von Gewalt, Flucht und Vertreibung verursacht hat, dass ausgerechnet Deutschland heute Ziel der Hoffnungen und Sehnsüchte so vieler Menschen geworden ist, die Sicherheit und Zukunft suchen.

Natürlich stellt uns das vor schwierige Aufgaben. Aber ganz ehrlich: wie glücklich können wir sein, dass wir vor schwierigen Aufgaben stehen, weil Deutschland als Land der Hoffnung gesehen wird und nicht wie in früherer Zeit als Land der Bedrohung wahrgenommen wird.

Dass Deutschland für Menschlichkeit steht, für Freiheit und Sicherheit – und für Solidarität, ja, das darf uns stolz machen. Denn es ist unser Deutschland, unsere Demokratie, und wir haben für die Humanität und Weltoffenheit dieses Landes lange gekämpft!

Wolfgang hat gleich hinzugefügt, dass uns das niemals zu moralischer Arroganz verleiten darf. Denn manche Länder Osteuropas, die sich jetzt den Flüchtlingen verschließen, haben erst 25 Jahre Erfahrung mit offenen Gesellschaften. Deutschland in den 60er und 70er Jahren war auch nicht weltoffener als heute Teile Osteuropas. Willy Brandt konnte ein Lied davon singen.

Hunderttausende, die zu uns flüchten mit Bildern vor Augen, als wäre Deutschland das gelobte Land! Bei so großen Erwartungen – wie groß können da die Enttäuschungen werden!

Auch auf der deutschen Seite. Denn stolze Moral ist leicht zu enttäuschen und reagiert dann gekränkt und abweisend. Wo wir offene Herzen bewahren wollen, brauchen wir zugleich einen wachen Verstand. Denn die humane Orientierung unserer Gesellschaft muss sich gerade dort bewähren, wo wir es mit den vielen Problemen des Alltags zu tun bekommen.

Diese Zeit ist eine politische Zeit, weil die Menschen Fragen an die Politik haben. Schwierige Fragen:

Die Menschen in Deutschland fragen: wie soll das weiter gehen? Schaffen wir das wirklich? Was bedeutet das für mein Leben und das meiner Kinder? Bekommen wir neue Konkurrenz am Arbeits- und Wohnungsmarkt? Auf wieviel müssen wir verzichten, um den Flüchtlingen helfen zu können? Bleibt Deutschland das Land, das wir kennen und schätzen? Oder verändert es sich? Und wenn ja, wohin?

Darauf wollen die Menschen Antworten. Politische Antworten. Phantasie und auch Mut sind gefordert. Aber auch Realismus und Pragmatismus.

Es ist eine Zeit, die keine kleine, sondern eine große Gesellschaftspolitik erfordert: bei uns in Deutschland und erst Recht in Europa.

Und wir Sozialdemokraten sind auch Experten für Großes. Kleines können die anderen auch.

Eine Zeit, in der wir Sozialdemokraten gefordert sind.

Aber natürlich nicht nur wir, sondern auch unsere politische Wettbewerber sind gefordert. Auch Angela Merkel hat erkannt, dass die Menschen wieder Fragen stellen. Die Antworten, die sie zu geben versucht, sind uns Sozialdemokraten in diesen Tagen offenbar deutlich sympathischer als weiten Teilen ihrer eigenen Partei. Und ihre härtesten Gegner sitzen nicht bei uns, sondern wie so oft in der CDU und CSU.

Und die Antworten, die von dort auf die Fragen der Menschen kommen, sind das genaue Gegenteil von dem, was die Kanzlerin fordert. Die Union pendelt zwischen dem „Wir schaffen das“ Angela Merkels und dem „Grenzen zu“ von Horst Seehofer.

Und die Wahrheit ist: beide Antworten – das bedingungslose Credo der Kanzlerin „wir schaffen das“ ebenso wie Horst Seehofers „Grenzen dicht“ – sind eigentlich Ausdruck von Hilfslosigkeit.

Wir dürfen uns auf diese Auseinandersetzung gar nicht einlassen. Es sind falsche Alternativen. Denn in Wahrheit geht es doch um die Bedingungen, unter denen wir es schaffen können.

Dazu schweigt die Union. Und darüber müssen wir sprechen. Dass die Union dazu schweigt, hat übrigens seine Gründe. Ich nenne Euch mal einen:

Wer sich diese Aufgaben vor Augen führt, die vor uns liegen, der weiß auch, dass wir den Staat brauchen. Dass dieser Staat investieren muss.

Gerade ein Einwanderungsland braucht einen Staat, der handeln kann und der Achtung genießt. Da geht es nicht nur um die Finanzen. Es geht auch darum, dass eine kulturell heterogene Gesellschaft auf starke Institutionen angewiesen ist. Sie sind es, die Vertrauen in die Gemeinschaft stiften. In ihnen begegnen sich Menschen jeder Herkunft.

Dies ist also nicht die Zeit für einen armen und desolaten Staat. Für das nächste Jahrzehnt brauchen wir einen modernen, weltoffenen, kompetenten, gut finanzierten Staat, der auch eine komplexe und vielfältige Einwanderungsgesellschaft gestalten kann. Damit die Chancen nicht von der Herkunft abhängen. Damit Privilegien durchbrochen werden. Damit Gerechtigkeit erfahrbar wird. Jetzt mehr denn je!

Das bedeutet aber, dass die zentralen Fixpunkte des konservativen Weltbilds ins Wanken geraten: weniger Staat, weniger Steuern, weniger Regeln, mehr Privatisierung und Isolierung der Menschen.

So können wir die Gesellschaft aber nicht zusammen führen! Unsere Antwort ist nicht einfach mehr Staat, höhere Steuern und weniger Wettbewerb. Aber wir wollen einen handlungsfähigen Staat, gerechte Steuern und einen fairen Wettbewerb. Das steht wieder auf der Tagesordnung. Sonst werden wir die Herausforderungen unserer Zeit nicht bestehen.

Lassen wir uns also nicht ein auf dieses Entweder „wir schaffen das“ oder „Grenzen dicht“ der CDU/CSU.

Denn jeder weiß doch, dass wir es nicht bedingungslos und auf Dauer schaffen, jedes Jahr mehr als eine Million Flüchtlinge aufzunehmen. Auch Angela Merkel weiß das, aber spricht es nicht aus. Und sie sucht den Ausweg, indem sie Flüchtlinge aus Deutschland fern und in der Türkei halten will. Auch sie weiß: jedes Jahr schaffen wir das nicht.

Aber in einem hat Angela Merkel Recht: Eines ist sicher: Wir haben keine Zugbrücke, die wir einfach vor Deutschland und Europa hochziehen können. Die Menschen werden so lange flüchten, so lange sie in ihrer Heimat keine Hoffnung auf ein friedliches Leben haben. Und kein Schlagbaum und keine noch so hohe Mauer werden sie davon abhalten, ihr Leben und das Leben ihrer Kinder in Sicherheit zu bringen. Es sei denn, wir würden an den Grenzen Soldaten mit aufgeflepptem Bajonett aufmarschieren lassen. Und das will hoffentlich nicht mal die CSU.

Wir Sozialdemokraten dürfen uns nicht auf dieses doppelte Spiel von CDU und CSU einlassen. Statt uns auf diese sinnlose Debatte zwischen dem bedingungslosen „Wir schaffen das“ und der hilflosen Parole „Grenzen dicht“ einzulassen, müssen wir sagen, **WIE** wir das schaffen und Antworten für die Wirklichkeit entwickeln. Antworten, die die Solidarität mit den Flüchtlingen ebenso im Blick behält wie die Fragen und Sorgen unserer eigenen Bevölkerung.

Und übrigens genau das tun wir seit mehr als einem Jahr:

Seit mehr als einem Jahr haben wir darauf hingewiesen, dass die Flüchtlingszahlen weit höher sein werden, als offiziell behauptet.

Seit mehr als einem Jahr haben wir vor dem finanziellen Kollaps der Kommunen und Länder gewarnt, der eine gelingende Integration unmöglich macht.

Seit mehr als einem Jahr haben wir vor dem Chaos von hunderttausenden unbearbeiteter Asylanträge gewarnt.

Sehr lange Zeit haben CDU und CSU das nicht wahrhaben wollen. Ich höre noch die Sprüche: „Die Kommunen jammern doch immer, die sollen sich mal nicht so anstellen.“

Viel Zeit ist vertan worden bis sich die SPD mit ihren Vorschlägen durchsetzen konnte. Endlich gibt es jetzt Milliardenhilfen vom Bund für Länder und Kommunen, Wohnungsbauprogramme und Integrationsmaßnahmen, mehr Polizeistellen und eine längst überfällige Reform der Asylbearbeitung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Bei all dem gibt es aber eine besondere Aufgabe der Sozialdemokratie. Wir müssen den Riss durch die Gesellschaft verhindern, wir müssen die ganze Gesellschaft zusammen halten und diese Gesellschaft stark machen. Wir dürfen nicht zulassen, dass unser Land ins Schwanken gerät! Wir haben deshalb die doppelte Integrationsaufgabe:

- Die Integration der Flüchtlinge, die zu uns kommen zu schaffen.
- Und die Integration und den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft zu sichern.

Beides darf man nicht gegeneinander ausspielen:

Eine Gesellschaft, in der die einen, die Warner, jeden Tag die drohende Überforderung Deutschlands beklagen und die anderen, die Engagierten, aus Verbundenheit mit den Flüchtlingen Tabuzonen um die Sorgen und Ängste der Bevölkerung errichten, eine solche Gesellschaft wird zerrissen sein. Sie wird im ständigen Unfrieden sein, voller gegenseitiger Vorwürfe, voller offen ausbrechender und versteckter Aggressionen.

In einer solchen geschwächten Gesellschaft, die zwischen Ängsten und Tabus schwankt, wird jede Zuversicht zerstört, dass uns die Integration gelingen kann.

Eine solche Gesellschaft wird den Kompass verlieren und damit Mitmenschlichkeit, Nächstenliebe und Solidarität mit den Wehr- und Schutzlosen, die in ihrer Not zu uns flüchten.

In der angstbesetzten Debatte einer solchen zerrissenen Gesellschaft werden am Ende nicht die Fluchtursachen als das eigentliche Problem ausgemacht, sondern die Flüchtenden selbst werden als Problem angesehen, das es abzuwehren gilt. Dieser Gefahr müssen wir begegnen.

Das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Wir müssen sagen, WIE es gelingen kann, die Flüchtlinge aufzunehmen und unsere Gesellschaft selbstbewusst und stark zu machen. Wir müssen es sein, die ohne Ängste und ohne Tabus die praktischen Probleme anpacken.

Die Frage, ob wir es schaffen, hängt nicht nur von der Anzahl der Unterkünfte ab. Sondern davon, ob wir den Alltag trotz vieler Konflikte menschlich anständig und friedlich gestalten. Den Alltag mit seinen Konflikten, mit seinen Verständigungsproblemen, mit seiner kultursensiblen Gereiztheit. Den Alltag mit deprimiert Schlang stehende Menschen vor Registrierungszentren, mit Prügeleien in Erstaufnahmeeinrichtungen – das sind doch die wahren Prüfsteine, ob wir es schaffen.

Ja, es stimmt, das Asylrecht unserer Verfassung ist ein individuelles Menschenrecht. Das werden wir Sozialdemokraten niemals preisgeben.

Aber wir sind es auch, die mehr tun, als einen Verfassungsgrundsatz zu zitieren. Wir sind es, die die Verfassungswirklichkeit gestalten, Sorgen ernst nehmen und Probleme überwinden.

Wir sind es, die für die realen Bedingungen sorgen, damit das Menschenrecht Bestand haben kann. Das ist die politische Aufgabe der SPD!

Deshalb ist es so wichtig, dass wir Sozialdemokraten dieses Land und seine Menschen zusammen halten. Willy Brandt hat einmal gesagt: Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein. Im Inneren und nach außen. Selten hat dieser Auftrag eine so große Bedeutung gehabt, wie in diesen Tagen, Wochen und Monaten.

Gute Nachbarn im Inneren. Das ist keine Zustandsbeschreibung, die wir mal eben so beschließen können.

Denn der Alltag der Flüchtlingsintegration und der guten Nachbarschaft findet nicht in den klimatisierten Büros von Politikern oder Medienvertretern statt. Auch nicht auf Parteitag oder in Talkshows. Sondern in ganz normalen Stadtvierteln, Nachbarschaften, Dörfern und Straßenzügen.

Dort leben die wahren Helden der Integration. Es sind die ganz normalen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Sie sind es, die mit dem Gefühl der Fremdheit konfrontiert sind. Sie sind es, die mit den kleinen und größeren Konflikten im Alltag umgehen müssen, die normal sind bei einer so großen Einwanderung in so kurzer Zeit.

Diese ganz normalen Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht den Eindruck haben, dass wir für sie kein Ohr und kein Gespür mehr haben. Ihnen zuhören heißt übrigens nicht, Ihnen nach dem Munde reden oder hilflose Forderungen erheben wie Horst Seehofer.

Aber wer unser Land schützen, sichern und voranbringen will, der darf sich nicht verstecken. Der muss dort sein, wo die Sorgen, die Ängste, auch die Hoffnungen der Menschen ausgesprochen werden. Wir müssen in der Mitte der Gesellschaft sein, nicht über ihr und auch nicht nur an ihren Rändern.

Denn wenn die Demokraten, die in unserer Gesellschaft angesichts der großen Zahl und Geschwindigkeit der Zuwanderung vorhandenen materiellen und kulturellen Ängste verschweigen, schlimmer noch: wenn wir sie sozusagen immer gleich unter Populismusverdacht stellen, werden sich die Menschen andere Ansprechpartner suchen. Und das werden die rechten Populisten und Rechtsradikalen sein, die auf darauf ihr menschenverachtendes Süsschen kochen wollen.

Die Aufgabe der SPD ist es, beide Aufgaben gleichrangig im Blick zu haben: die Integration der Menschen, die bei uns Schutz und eine neue Heimat suchen. Und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Zuversicht und Realismus ist die Formel, die unsere innere Einstellung prägen muss. Zuversicht, weil wir ein starkes und mitfühlendes Land sind. Und Realismus, weil wir wissen, wie groß die Aufgabe ist, vor der wir stehen. Und dass es nicht nur mit der Ankündigung „wir schaffen das“ bereits getan ist.

Was heißt das nun für die SPD konkret:

1. Den Menschen immer die Wahrheit sagen. Das heißt, keine Versprechen machen, die wir nicht halten können. Und zu der Wahrheit gehört, dass wir keine schnellen Lösungen haben. Dass die Menschen, die sich auf den Weg zu uns nach Europa und Deutschland machen, nicht durch geschlossene Grenzen und nicht einmal durch Zäune aufgehalten werden können.
2. Keine Tabuzonen errichten. Wir Demokraten und vor allem wir Sozialdemokraten müssen auch denen zuhören, die nicht glauben, dass wir es schaffen, so viele Menschen zu integrieren. Oder die Angst davor haben, dass sie sich nicht mehr zuhause fühlen.
3. Täglich zeigen, dass eine solidarische Flüchtlingspolitik nicht bedeutet, dass andere darunter leiden müssen. Wir müssen also ausreichend Lehrer, Erzieher, Polizisten einstellen, damit Kitas nicht überfordert, Schulklassen nicht zu groß und Straftaten überall abgewehrt werden.

Manuela Schwesig kämpft zu Recht dafür, dass der Kita-Ausbau weiter vorangehen kann.

Kein Ausspielen von Flüchtlingen und heimischer Bevölkerung in Deutschland: Wenn wir jetzt Wohnungsbau machen, dann keinen Flüchtlingswohnungsbau, sondern bezahlbare Wohnungen für alle, die sie in unseren Großstädten seit Jahren suchen. Dafür macht sich Barbara Hendricks in der Bundesregierung stark.

Und vor allem: keine Leistungskürzungen und kein Verzicht auf die dringend notwendigen sozial- und bildungspolitischen Initiativen in Deutschland.

4. Integration beginnt mit Sprache, Qualifikation und Arbeit. Es ist wirklich unsinnig, junge Menschen zwar in die Ausbildung zu lassen, ihnen aber nach erfolgreicher Ausbildung nicht die Sicherheit zu geben, dass sie in ihrem Ausbildungsbetrieb auch arbeiten können. Das Handwerk und die Arbeitgeberverbände haben Recht: dieses dumme Arbeitsverbot muss weg.

Andrea Nahles setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass diese Integration durch Arbeit gelingen kann.

Und noch etwas: Ich sage der CDU, und das auch im Bund: Macht Euch doch nichts vor! Ihr habt gedacht, die demografische Kurve würde uns eine Sparrendite bei den Ausgaben für Schulen bringen. Nein, wir müssen umdenken.

Und gerade hier liegt doch die Chance der Zuwanderung für unser Land. Es kommen viele junge Familien mit Kindern zu uns, die uns helfen können, die großen Probleme unseres Landes in der Zukunft zu bewältigen. Das Land wieder zu verjüngen, es wieder dynamischer zu machen.

Natürlich kosten mehr Kinder für neue Kitas, neue Schulen, mehr Erzieher, Sozialpädagogen und Lehrer mehr Geld. Aber noch mehr Geld kosten uns keine Kinder! Der Staat muss weit mehr Geld für Bildung ausgeben. Ich sage: der Staat. Und das heißt: Die Länder mit dem Bund gemeinsam.

Es ist doch absurd! In der Not der Flüchtlingswelle können wir plötzlich Bundesmittel für die Aufgaben von Ländern und Kommunen mobilisieren. Verantwortungsgemeinschaft ist das Wort der Stunde. Aber für die Bildungsanstrengungen der nächsten zehn Jahre soll das Kooperationsverbot gelten.

Diese Fessel können wir uns weniger denn je leisten. Sie war immer falsch. Jetzt wird sie zum Risiko für unsere Zukunft.

CDU und CSU werden auch diese konservative Blockade aufgeben müssen. Wir Sozialdemokraten müssen diese Blockade aufbrechen. In einem Jahrzehnt großer Gesellschaftspolitik müssen Bund und Länder neu zusammenwirken, um eine neue Bildungsexpansion zu erreichen.

5. All diejenigen tatkräftig unterstützen, die jeden Tag Hilfe leisten. Ob es Ehrenamtliche sind oder die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hilfsorganisationen oder des öffentlichen Dienstes. Die Männer und Frauen der Sozialverbände, der Hilfsorganisationen, der Feuerwehren, die Polizistinnen und Polizisten, sie sind diejenigen, die diesen Alltag schaffen müssen!

Die Bürgermeister und Oberbürgermeister, die Landräte, die Mitglieder unserer Landesregierungen, – überall sehr viele Sozialdemokraten – sie alle tragen diese Alltagsverantwortung für die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge!

Sie haben Respekt verdient! Sie haben Dank verdient! Dank an alle, die heute hier sind!

Und sie brauchen Hilfe! Sie brauchen Unterstützung! Sie brauchen Mittel und Möglichkeiten, damit Integration nicht nur versprochen wird, sondern auch gelingen kann! Das ist es, was wir schaffen müssen.

Deshalb müssen wir jetzt das umsetzen, was wir gerade eben beschlossen haben: schnellere Verfahren zur Prüfung und Anerkennung von Asyl- und Flüchtlingsstatus. Übrigens auch: schnelle Rückführung derjenigen, die nicht bei uns bleiben können. Denn wir brauchen jeden Platz für diejenigen, die wirklich unseres Schutzes bedürfen.

Vor allem aber brauchen wir jetzt die Sprachkurse, Aus- und Weiterbildung und Qualifizierung. Denn nichts ist besser für die Integration als Ausbildung und Arbeit. Das wird uns helfen, den drohenden Fachkräftemangel zu bekämpfen. Denn noch haben wir durch die demografische Entwicklung ein Riesenproblem vor uns: 6 Millionen Arbeitnehmer weniger in den kommenden Jahren.

Die 4 bis 6 Milliarden Euro, die der Bund den Ländern und Kommunen jetzt zur Bewältigung der Flüchtlingsintegration zur Verfügung stellt, darf keine Nothilfe bleiben. Sondern es wird eine Daueraufgabe werden.

Und was wir jetzt brauchen, ist eine auf Dauer angelegte neue Gemeinschaftsaufgabe zwischen Bund, Ländern und Kommunen in unserem Land. So, wie wir eine Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur haben, brauchen wir jetzt eine Gemeinschaftsaufgabe für den demografischen Wandel und Integration.

6. Integration fördern aber auch einfordern. Alle die kommen und bleiben wollen, müssen wissen und lernen, was für ein Land Deutschland ist. Was es für uns heißt, frei zu leben. Deutschland ist kein beliebiges Land und ja, wir haben eine Leitkultur: die ersten 20 Artikel unserer Verfassung.

Wolfgang Thierse hat mir noch etwas geschrieben. „Wir haben zu begreifen“, sagt er, „dass massenhafte Einwanderung unser Land sehr verändern wird.“ Deutschland wird auf Dauer kulturell pluraler, ethnisch und religiös, sowohl individuell biografisch als auch was unsere kollektiv-historischen Identitäten angeht.

Das wird der vielleicht schwerwiegendste Wandel sein. Ein Land, das solche Gegensätze in einer gemeinsamen Gesellschaft einen will, braucht Klarheit über den eigenen Charakter.

Einwanderer suchen Orientierung. Wir tun ihnen und uns keinen Gefallen, wenn alles beliebig ist.

Zu einer Zeit großer Gesellschaftspolitik gehört auch das: Wir brauchen normative Klarheit. Wir brauchen Regeln. Und diese Regeln müssen deutlich ausgesprochen und explizit gemacht werden. Regelverstöße müssen sanktioniert werden.

Viel wichtiger aber noch ist, dass die Grundwerte unseres Landes von Personen und Institutionen mit Meinungsmacht und Vorbildfunktion artikuliert werden. Dazu zählen auch die politischen Parteien!

Für die Klarheit und Wahrheit unseres demokratischen Rechtsstaates setzt Heiko Maas sich ein! Wir brauchen Klarheit darüber, dass wir ein religiös entspanntes Land sind, in dem kein Bekenntnis sich über ein anderes erheben darf – und in dem Atheismus eine Philosophie ist und kein Verbrechen.

Wir brauchen Klarheit darüber, dass wir Gleichheit anstreben. Niemand hat das Recht, Frauen gering zu schätzen, von Ärztinnen die Behandlung zu verweigern oder sich von einer Chefin nichts sagen zu lassen.

Wir brauchen Klarheit darüber, dass Homosexualität in Ordnung ist.

Wir brauchen Klarheit, dass Antisemitismus nicht hingenommen wird.

Die Grund- und Menschenrechte unserer Verfassung gelten für alle gleich.

Das ist unser Angebot. Aber das ist auch unsere Forderung.

Aber sie gelten für alle verbindlich. Das ist, was wir von jedem einfordern.

Niemand kann erwarten, dass Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan bei Grenzübertritt Verfassungspatrioten werden.

7. Wir brauchen eine europäische Flüchtlingspolitik, die ihren Namen Wert ist. Mit gemeinsamen und menschenwürdigen Standards, gemeinsamen Verfahren und auch einer Verteilung der Flüchtlinge in Europa.

Und auch dabei ist es ein Sozialdemokrat, der sich dafür wie kein anderer engagiert: Martin Schulz.

Sicher: was wir derzeit in Europa erleben, ist bitter und enttäuschend. Für viele scheint die EU so eine Art Zugewinnngemeinschaft zu sein, bei der man mitmacht, wenn man Geld kriegt. Und bei der man sich in die Büsche schlägt, wenn gemeinsame Verantwortung zu tragen ist.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Deutschland hat viele Sympathien in Europa verspielt, die in Jahrzehnten von Adenauer über Brandt, Schmidt bis zu Helmut Kohl aufgebaut wurden. In den letzten Jahren haben wir uns wie die Schulmeister aufgeführt.

Die Union hat kein politisches Kapital in Europa aufgebaut, von dem Deutschland jetzt zehren könnte. Sie hat die anderen belehrt – jetzt brauchen wir ihre Hilfe. Sie hat den Sparkommissar gegeben – jetzt müssen wir mehr Geld ausgeben.

Ich war gestern bei Helmut Schmidt. Und er hat Recht, wenn er sagt: es rächt sich eben, wenn man die Führungsrolle Deutschlands überstrapaziert. Europa hat nicht seine besten Jahre hinter sich. In sechs Jahren Eurokrise hat das Vertrauen gelitten und die Gegensätze sind größer geworden. Das spüren wir jetzt auch bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Der nationale Egoismus ist stark geworden.

Dagegen müssen wir uns wehren. Wir müssen eine erneuerte europäische Idee dagegen setzen. Deutschland und Frankreich müssen zusammenhalten. Das war und bleibt unsere Maxime. Aber auch der Norden und der Süden der EU, die westlichen und östlichen Mitgliedstaaten müssen wieder enger zusammen kommen.

Wir wissen doch, dass Griechenland und Italien, Kroatien und Ungarn mit ihren EU-Außengrenzen in besonderer Weise von den Flüchtlingsströmen betroffen sind. Wir wissen auch, eine Regel wie die Dublin Regel, die besagt, dass alle Asylantragsteller dort bleiben müssen, wo sie das erste Mal die EU betreten, so nicht funktionieren kann.

Sie muss erweitert werden um ein solidarisches System: Hilfe bei der Errichtung von Zentren in diesen Ländern, wo Flüchtlinge versorgt und registriert werden. Aber auch ein solidarisches System der Verteilung innerhalb der EU.

Unser Ziel aber muss mehr Solidarität und mehr Ausgleich in Europa sein! Wir spüren doch, auch Deutschland braucht ein solidarisches Europa!

8. Wir brauchen weit mehr Hilfe für die Länder, aus denen die Menschen jetzt zu uns kommen: für Jordanien, den Libanon und auch für die Türkei. Dort lebt die Masse der Flüchtenden in schlimmen Verhältnissen. Menschen, die eigentlich die Hoffnung haben, zurückkehren zu können in ihre Heimat. Deren Leben aber wegen der viel zu geringen internationalen Hilfe so schwierig geworden ist, dass sie im wahrsten Sinne des Wortes ihre Zelte abbrechen, um in Europa Zuflucht zu finden.

Sozialdemokraten haben es immer gewusst und immer wieder gesagt: Wir brauchen keinen neuen Nationalismus – wir brauchen einen neuen Internationalismus, um die großen Aufgaben zu bewältigen.

Oft wird ja gefragt: was ist Eure sozialdemokratische Vision? Die Antwort ist klar: Das Ziel der Globalisierung darf nicht länger Reichtum für Wenige sein, sondern Gerechtigkeit für alle.

Eine Flucht, die in Deutschland endet, beginnt im Krieg, sie beginnt in einem zerfallenden Staat, sie beginnt dort, wo Gewalt und Fanatismus, Armut und Not herrschen. Sie beginnt dort, wo die Reichen sich einmauern und die Armen in Slums und Flüchtlingslagern hausen. Die Fluchtbewegungen unserer Zeit haben viel zu tun mit der inneren Zerrüttung, der Unfreiheit, der Ungerechtigkeit und der Ungleichheit in den Bürgerkriegs- und Krisenländern der Welt.

Wir brauchen einen neuen Anlauf: für eine neue Nord-Süd-Politik, neue Anläufe, neue Initiativen, neue multilaterale Partnerschaften für die Eindämmung von Kriegen, für die staatliche Stabilisierung, aber vor allem auch für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika. Wir brauchen einen neuen Nord-Süd-Dialog. Wir brauchen solidarische Entwicklungs- und Friedenspolitik!

Und niemand steht für diese Aufgaben so sehr wie Frank-Walter Steinmeier. Lieber Frank, hab herzlichen Dank für Deine engagierte Friedenspolitik.

Und jede große Idee hat ihre ersten Schritte. Beginnen wir doch damit, dass Europa, die USA und die G7-Staaten das UN-Flüchtlingshilfswerk so finanzieren, dass Essenrationen nicht halbiert werden müssen und dass jedes Flüchtlingskind eine Schule besuchen kann! Das erfordert nicht viel. Aber es verändert die Lage vor Ort.

Beginnen wir damit, dass Deutschland und Europa die Stabilisierungsmittel erhöhen für die Länder des Nahen Ostens, die Millionen von Flüchtlingen versorgen – für Jordanien, Libanon und die Türkei.

Eigentlich aber brauchen wir mehr als Stabilisierung. Wir brauchen Wiederaufbau. Denn nur das bringt die Hoffnung zurück in die Region.

Wir brauchen einen europäischen Wiederaufbauplan mit Investitionen, mit Handelspräferenzen und mit der Möglichkeit, dass eine begrenzte Zahl von Menschen für eine begrenzte Zeit legal und sicher nach Europa kommen, eine Ausbildung machen und zurückkehren.

9. Gemeinsame Initiativen der Europäer für einen erneuten Anlauf für einen Waffenstillstand in Syrien.

Es sind wirklich große Aufgaben, die vor uns liegen. Aber das Wichtigste ist: Nie darf die SPD es zulassen, dass unsere Gesellschaft sich an der Flüchtlingsfrage spaltet.

Denn machen wir uns nichts vor: Die Demokratie ist nichts Selbstverständliches. Deshalb brauchen wir ein Jahrzehnt großer Gesellschaftspolitik, deshalb brauchen wir ein neues Europa und einen neuen Internationalismus!

Stellt Euch eine Sekunde vor, die Flüchtlingskrise fiel mit einem Einbruch unserer wirtschaftlichen Entwicklung und dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit zusammen. Demokratie, Wohlstand und europäische Einigung haben sich in Deutschland in den letzten mehr als 60 Jahren gemeinsam entwickelt. Nichts gibt uns die Sicherheit, dass bei Brüchigkeit des Wohlstands nicht auch Demokratie und europäische Einigung in Deutschland unter Druck geraten würden.

Schon heute erleben wir eine enorme Entfremdung vieler Menschen von der Parteiendemokratie in Deutschland. Was, wenn das Wohlstandsversprechen dieser Demokratie sich für eine wachsende Zahl von Menschen nicht erfüllen ließe?

Unsere Aufgabe ist es also auch, wirtschaftlichen Erfolg und soziale Sicherheit zu erhalten. Nicht nur heute und morgen, sondern auch in 10 Jahren.

Wie sichern wir Wohlstand und Sicherheit auch in den kommenden 10 Jahren? In Deutschland und in Europa?

Wie erhalten wir die Innovationsfähigkeit unseres Landes? Wie muss ein Modernisierungspakt aussehen für Bildung, Forschung und Infrastruktur?

Was erwarten junge Menschen, Familien, Ältere für ihre Zukunft in unserem Land?

Wie beteiligen wir die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes mehr und intensiver an den politischen Entscheidungen und wie können wir wieder mehr Demokratie wagen in unserem Land?

Was ist unser Beitrag für eine Globalisierung, die sich nicht Reichtum für wenige, sondern Gerechtigkeit für alle zum Ziel setzt?

Welche Rolle soll unser Land in Europa aber auch in einer Welt voller Konflikte in unserer unmittelbaren Nachbarschaft spielen?

Diese und andere Fragen sollen Thema auf diesem Kongress und danach in unserer Programmarbeit des kommenden Jahres sein. Es soll enden in einem Regierungsprogramm für die Zeit nach 2017. Einem Programm, das die Mehrheit der Menschen in unserem Land erreicht.

Es gibt etwas, was die Debatte über die Flüchtlingspolitik mit der Diskussion über die Perspektiven sozialdemokratischer Politik in den kommenden 10 Jahren verbindet: in beiden Fällen muss sich unsere Politik an die Mitte der Gesellschaft richten.

Sich an die Mitte der Gesellschaft zu richten, ist übrigens etwas anderes, als sich an einer vermeintlichen Mitte der Gesellschaft auszurichten.

Was verstehen wir als Sozialdemokratie unter der Mitte der Gesellschaft und welchen Stellenwert hat sie für unser Selbstverständnis und unsere Ausrichtung?

Meiner Auffassung nach ist die Mitte niemals ein fester Ort. Sie ist es weder in ihrem sozialen Status noch in ihrer politischen Willensbildung. Sie ist umkämpft, sie ist in Bewegung, die Parteien, die Medien, aber wohl mehr noch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung wirken auf sie ein.

Deshalb kann nur gelten, dass eine engagierte und auf Fortschritt orientierte Partei wie die SPD ihrerseits versuchen muss, die Mitte unserer Gesellschaft anzusprechen und zu prägen.

Bevor wir das aber mit Aussicht auf Erfolg tun können, müssen wir an die Orte gehen, an denen sich die Mehrheit der Menschen ihre Meinung bildet. Und das sind nicht nur Parteiversammlungen. Wir müssen hinhören und verstehen, und wir müssen auch einmal Fragen stellen, bevor wir Antworten geben.

Viele in der SPD verweisen auf die Nichtwähler, um die wir uns kümmern müssen. Auf diejenigen, die sich nicht gehört und repräsentiert fühlen. Und das ist ohne Zweifel richtig.

Zu diesen Nichtwählern zählen Menschen, die an der Armutsgrenze oder darunter leben, aber eben nicht nur. Es zählen dazu in wesentlichen Größenordnungen auch Menschen mit Ausbildung und Arbeit. Die eher den Eindruck haben, dass sie hart arbeiten und trotzdem für ein gutes Leben mit ihren Kindern zu wenig übrig bleibt. Die sich allein gelassen fühlen. Die ihren Leistungswillen nicht beachtet sehen. Die allermeisten davon sind Arbeitnehmer in ganz klassischen Berufen. Aber auch Selbstständige und Handwerksmeister. „People who work hard and play by the rules“ hat Bill Clinton sie mal genannt. Oder einfach nur wie Willy Brandt es formulierte: die Arbeitnehmerschicht.

Lasst uns deshalb in der heute beginnenden programmatischen Debatte nicht nur die für uns einfach zu beschreibenden Probleme aufgreifen. Wir müssen auch die Fragen stellen, die uns in Verlegenheit bringen. Zum Beispiel die Frage, warum in jüngsten Wahlen zum Teil mehr gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer CDU als SPD wählten.

Früher war es wohl selbstverständlich, dass ein Funktionär der SPD in den Betrieben und in den ärmeren Stadtvierteln Bescheid wusste. Heute müssen wir uns daran erinnern, dass dies zu unserem politischen Auftrag gehört.

Früher konnte man in unserem Funktionärskörper, als Geschäftsführer oder Referent auch ohne Hochschulabschluß eingestellt werden. Heute sind wir eine stark akademisierte Sozialdemokratie.

In diesem Sinne haben wir in dem Euch vorliegenden Impulspapier Willy Brandts Begriff von der „Arbeitnehmerschicht“ oder von der „arbeitenden Mitte“ aufgegriffen und verwendet. Für mich soll das Aufforderung sein, dass wir die jetzt mehr als 40 Millionen Beschäftigten, davon jetzt mehr als 30 Millionen sozialversicherten Beschäftigten in Deutschland, verstehen und ansprechen müssen, wenn wir unsere Gesellschaft gestalten wollen.

Gemeint ist sicher keine Elite von abgehobenen Hoch- und Höchstverdienern, die mit Verachtung auf Facharbeiter und Angestellte herabsehen. Nein, gemeint sind diejenigen, die mit uns für mehr Gerechtigkeit in allen ihren Dimensionen streiten sollen – ob als Chancengleichheit, als Lohn- und Leistungsgerechtigkeit oder als Sicherheit bei Krankheit oder im Alter.

Wir sollten keine Scheu in unseren programmatischen Debatten haben, uns zu dieser Mitte der Gesellschaft zu bekennen. Im Gegenteil: Wir sollten sie ganz engagiert anhören und ansprechen. Ganz im Sinne einer traditionellen Sozialdemokratie, die weiß, für wen sie in der Gesellschaft da zu sein hat. Nämlich für die, die die Werte dieses Landes schaffen und deshalb einen Anspruch auf gerechte Teilhabe am Haben und am Sagen in diesem Land zu haben.

Mir ist vor allem wichtig, dass wir die Menschen wieder erreichen, dass wir uns als Partei öffnen und dass wir dabei ein paar alte Gräben überwinden. Darum ist diese Perspektivdebatte so wichtig und darum ist Euer Engagement so ungemein wertvoll.

Wir wollen uns stark machen für „ein besseres Land“, hat Willy Brandt gesagt. Wir wollen unsere Zukunft und die unserer Kinder nicht anderen überlassen, sondern selbst etwas bewirken! Aus Zukunft Fortschritt machen! Das ist Politik! Darum haben wir den Perspektivprozess der SPD gestartet. Darum geht es – und darum sind wir hier.

Jetzt freue ich mich auf Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz. Malu, Du hast in der vergangenen Woche ein vielbeachtetes Buch vorgestellt: „Die Zukunft ist Deine Freundin.“ Es ist sehr persönliches und ein sehr politisches Buch.

Du kannst als Regierungschefin auf eine stattliche Regierungsbilanz verweisen. Du hast in den vergangenen Jahren bereits viel bewegt für Rheinland-Pfalz und seine Menschen. Wirtschaftlicher Erfolg und sozialer Zusammenhalt gehen hier Hand in Hand.

Weil Du die richtigen Impulse setzt und den Wandel gestaltest. Weil Du das Beste rausholen willst für Rheinland-Pfalz bei den großen Zukunfts-Themen Digitalisierung und Demographie.

Du stehst hier in der stolzen Tradition sozialdemokratischer Regierungspolitik in diesem Bundesland, in der Nachfolge von Kurt Beck.

Liebe Malu, gleichzeitig gehst Du Deinen eigenen Weg und setzt Deine eigenen Akzente. Du kannst zuhören und die Leute mitnehmen. Du kannst gestalten und Du kannst auch durchgreifen, wenn nötig. Schon der Titel Deines Buches zeigt, dass Du eine „goldene Regel“ der Politik verinnerlicht hast:

Wahlerfolge sind nicht die politische Dividende für das, was war. Sie sind ein Vertrauensvorschuss für das, was man uns für die Zukunft zutraut! Hier in Rheinland-Pfalz und im ganzen Land! Darum geht es!

Liebe Malu, ich will mich heute auch persönlich bei Dir bedanken. Ich bin froh, dass wir Dich als Ministerpräsidentin haben. In Berlin bei den Verhandlungen zwischen Bund und Ländern. Aber vor allem hier vor Ort. Dass Du in den vergangenen Wochen soviel Menschlichkeit und Verantwortung in dieser fordernden Zeit beigetragen hast.

Liebe Malu, herzlichen Dank dafür! Du hast das Wort!